

## Hauptversammlung des Deutschen Städtetages

### **Zusammenhalt und Zukunft – nur mit starken Städten!**

Die 36. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages steht vom 3. bis 5. Mai 2011 unter dem Motto „Zusammenhalt und Zukunft – nur mit starken Städten“. In Stuttgart werden mehr als 1000 Delegierte und Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet erwartet. Die Hauptversammlung tagt alle zwei Jahre.

„Wir richten den Blick auf die wachsende Bedeutung der Städte bei der Bewältigung großer gesellschaftlicher Aufgaben wie Chancengerechtigkeit in der Bildung, Integration, demografischer Wandel, Umwelt- und Klimaschutz. Wir betrachten den besonderen Stellenwert der Nachhaltigkeit für die Stadtentwicklung und widmen uns der Sicherung der Kommunalfinanzen vor dem Hintergrund hoher Verschuldung und der Schuldenbremse“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus: „Seit mindestens 30 Jahren diskutieren wir in Deutschland das Ziel der Chancengleichheit, also der Entkoppelung von Bildungschancen und sozialer Herkunft. Doch immer noch prägen der soziale Status, die Herkunft und die finanzielle Situation der Familien die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen. Noch immer verlassen rund 60.000 Schüler ohne Abschluss die Schule, und noch immer sind Jugendliche mit Migrationshintergrund davon besonders stark betroffen.“

Der Ausbau und die Qualität der vorschulischen Betreuung stehen seit gut 20 Jahren auf der Agenda. Fortschritte sind durch den starken Ausbau der Kinderbetreuung unübersehbar. Die Städte haben hier klare Prioritäten gesetzt. Doch die Finanzierung der Herkulesaufgabe, den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige bis zum Jahr 2013 zu realisieren, ist immer noch nicht ausreichend geklärt. Viele Länder entziehen sich ihrer mit dem Konnexitätsprinzip verbundenen Verantwortung und leiten nicht einmal die Mittel vollständig an die Kommunen weiter, die ihnen der Bund für diese Aufgaben bereit gestellt hat.

Nicht nur in Fragen des sozialen Zusammenhalts bis hin zu einer sozialen Wohnraumversorgung, sondern auch beim Umwelt- und Klimaschutz und bei der Gestaltung der Standortbedingungen der Wirtschaft spielen Städte eine zentrale Rolle. Stadtentwicklung in allen ihren Facetten braucht Nachhaltigkeit!

#### Inhalt

#### **2–5 Im Blickpunkt**

- **Hauptversammlung**
- **Japanhilfe von deutschen Städten**
- **Verwaltungspersonal im demografischen Wandel**

#### **6 Fachinformationen**

#### **8 Termine**

(Fortsetzung von Seite 1)

Starke Städte brauchen gleichzeitig effiziente Verwaltungen mit gut ausgebildetem Personal. Die demografische Entwicklung macht jedoch nicht vor den öffentlichen Verwaltungen halt: So wird in den kommenden zehn Jahren jeder vierte Beschäftigte der Städte in den Ruhestand gehen. Für das kommunale Personalmanagement stellt sich, angesichts knapper Kassen, die Frage nach der künftigen Gewinnung von Personal und einer leistungsfähigen Verwaltung bei einer älter werdenden Belegschaft.

Wie die Kommunen diese Aufgaben meistern werden, hängt nicht zuletzt von ihrer Finanzlage ab, und diese ist auch nach der Wirtschafts- und Finanzkrise prekär. Mit 7,7 Milliarden Euro verzeichneten die Kommunen 2010 das zweithöchste Defizit in der Nachkriegszeit. Die Hauptursache für die kommunale Finanznot liegt aber nicht auf der Einnahmen-, sondern auf der Ausgabenseite. So haben die kommunalen Sozialausgaben mit 42 Milliarden Euro im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand erreicht. Es ist auch der Arbeit

des Deutschen Städtetages zu verdanken, dass dieses Kernproblem der Kommunalfinanzen endlich ins Bewusstsein der Bundespolitik gerückt ist: Die angekündigte Entlastung der Kommunen bei der Grundversicherung im Alter ist ein sichtbares Zeichen dafür.

Mit Blick auf die Hauptversammlung in Stuttgart möchte ich das Thema Zusammenhalt ganz knapp so umreißen: Der Begriff Zusammenhalt spricht gesellschaftliche Entwicklungen und soziale Fragen und die Beziehungen zwischen Stadtpolitik und Stadtgesellschaft an. Er steht auch für ein friedliches und tolerantes Zusammenleben in einer rechtsstaatlichen, demokratischen Gesellschaft. Und nicht zuletzt bedeutet Zusammenhalt, dass die Städte die vor ihnen liegenden Aufgaben nur bewältigen können, wenn sie ihre Anliegen weiterhin geschlossen vertreten. Dafür bildet der Deutsche Städtetag eine starke Gemeinschaft.“

Das Programm der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages ist als PDF-Dokument abrufbar in der Rubrik „Veranstaltungen“ unter [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de).

## Fachforen der 36. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Stuttgart vom 3. bis 5. Mai 2011

### **Forum A Mehr Chancen durch Bildung – Investition in die Zukunft**

Moderation: Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach, Heilbronn

Einführung: Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier, Ruhr-Universität Bochum

### **Forum B Stadtentwicklung braucht Nachhaltigkeit**

Moderation: Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon, Freiburg im Breisgau

Einführung: Hans-Peter Repnik, Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung

### **Forum C Personalwirtschaft in den Städten – Herausforderungen und Zukunftsperspektiven**

Moderation/

Einführung: Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster, Landeshauptstadt Stuttgart

### **Forum D Schuldenbremse: Vollbremsung auf Kosten der Kommunen?**

Moderation: Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Nürnberg

Einführung: Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen

### **Forum E Starke Städte für Entwicklung und Zusammenhalt – weltweit**

Moderation: Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, Ludwigshafen

Einführung: Oberbürgermeister Jürgen Roters, Köln

Dr. Christoph Beier, Stv. Vorstandssprecher der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

## Enormes Hilfsangebot der deutschen Städte für Japan

### Städtetagspräsidentin Roth: „Japan benötigt die Solidarität der Städte – Wiederaufbau ist auch kommunale Angelegenheit“

Der Deutsche Städtetag begrüßt und unterstützt das enorme Hilfsangebot der deutschen Städte für die Bevölkerung Japans. „Japan und Deutschland feiern das 150jährige Bestehen ihrer Beziehungen. Diese Freundschaft hat sich auch in der Stunde der Not bewährt“, betonte die Präsidentin des Deutschen Städtetages, die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth. Die Stadt Frankfurt am Main beabsichtigt, noch in diesem Jahr eine weitere Städtepartnerschaft zwischen Frankfurt und Yokohama zu besiegeln.

Viele deutsche Städte veranstalten gegenwärtig Benefizkonzerte, veröffentlichen Spendenaufrufe in Bussen und Bahnen, ermutigen die Bevölkerung lokale Initiativen zu unterstützen und werben Spendengelder von ortsansässigen Unternehmen ein.

Einige Städte planen langfristig den Wiederaufbau von Schulen und Kindergärten und organisieren Wissenstransfer beispielsweise in den Bereichen Nuklearmedizin und Katastrophenschutz.

„In Japan ist der Wiederaufbau vor allem kommunale Angelegenheit. Deshalb ist die Expertise der Städte bei deutschen Hilfsmaßnahmen zum Wiederaufbau notwendig“, erläuterte die Präsidentin die Bedeutung kommunaler Japanhilfe.

Bei einem Erfahrungsaustausch in Hannover haben 25 Städte darüber beraten, wie die Hilfsangebote der deutschen Städte vernetzt und verbessert werden können.

Viele Städte nehmen über ihre japanischen Partnerstädte, die in der Regel von der Naturkatastrophe nicht betroffen sind, Kontakt zu Menschen aus den Krisengebieten auf. Der Deutsche Städtetag begrüßt zudem das Angebot des Japanisch-Deutschen Zentrums Berlin, weitere Aktionen und Vorhaben deutscher Städte zu koordinieren.

Ein aktueller Katalog mit „Aktivitäten kommunaler Japanhilfe“ ist beim Deutschen Städtetag erhältlich.

### **Petra Roth: „Aufstand der Städte. Metropolen entscheiden über unser Überleben“**

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages Petra Roth, Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main, macht in ihrem Buch „Aufstand der Städte. Metropolen entscheiden über unser Überleben“ das Selbstbewusstsein der Kommunen und die Herausforderungen der Zukunft zum Thema.

Immer mehr Menschen zieht es in die Städte und Metropolen. Gleichzeitig bluten immer mehr Städte finanziell aus. Drastische Sparmaßnahmen und eine reine Verwaltung des Mangels erweisen sich vielerorts als Einbahnstraße, denn die für die gesamte Republik bedeutenden Entwicklungsprozesse – etwa der Schutz des Klimas oder die Bewältigung des demografischen Wandels – gehen von den Kommunen aus.

Dies betrifft entscheidend auch Probleme von Integration und Teilhabe. Petra Roth fordert politische Weichenstellungen. Will man das Funktionieren unserer Gesellschaft nicht leichtfertig aufs Spiel setzen, müssen die Kommunen deutlich gestärkt werden.

Das Buch ist im Westend Verlag (ISBN 978-3-938060-66-7) erschienen, hat 220 Seiten und kostet 22,95 Euro.

### Umfrage des Deutschen Städtetages

## Verwaltungspersonal im demografischen Wandel – Herausforderung für die Städte

Der sichere Job „auf dem Amt“ gilt als begehrt, gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten. Personalmangel dürfte in öffentlichen Verwaltungen also eigentlich kein Thema sein. Doch weit gefehlt. Den öffentlichen Arbeitgebern macht der demografische Wandel zu schaffen: In den kommenden zehn Jahren wird sich jeder vierte Beschäftigte der Städte altersbedingt in den Ruhestand verabschieden und die geburtenschwachen Jahrgänge mindern das Arbeitskräfteangebot.

Die deutsche Bevölkerung schrumpft und altert. Sinkende Geburtenzahlen bei gleichzeitig steigender Lebenserwartung sind die Ursachen dafür, dass auch Deutschlands Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten abnehmen und das Durchschnittsalter der Bevölkerung weiter ansteigen wird. Bei Fortsetzung der aktuellen demografischen Entwicklung wird die Einwohnerzahl Deutschlands von fast 82 Millionen im Jahr 2008 in Abhängigkeit vom Wanderungssaldo auf etwa 78 Millionen im Jahr 2025 und auf 70 bis 65 Millionen im Jahr 2060 abnehmen. Gleichzeitig ändert sich die Relation zwischen Jung und Alt. Heute sind 19 Prozent der Bevölkerung jünger als 20 Jahre; auf die über 65-Jährigen entfallen 20 Prozent. Im Jahr 2060 wird jeder Dritte über 65 Jahre alt sein, während die Zahl der unter 20-Jährigen von heute circa 16 Millionen auf etwa 10 Millionen zurückgehen wird. Das bedeutet, dass nur etwa die Hälfte der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter stehen wird.

Die demografische Entwicklung stellt für die Städte eine große Herausforderung dar. Sie müssen in vielfältiger Weise auf die veränderten Bedürfnisse der alternden und langfristig schrumpfenden Gesellschaft reagieren. Es gibt zahlreiche Städte, die mit geringer Arbeitsmarktdynamik und rückläufiger Bevölkerung ihre Zukunft gestalten müssen. Es gibt aber auch Städte, deren Arbeitsmarkt, Kaufkraft und Bevölkerung wachsen werden.

### Personal in den öffentlichen Verwaltungen

Für die öffentlichen Verwaltungen ist diese Entwicklung durchaus besorgniserregend, denn der Prozess der Alterung des aktiven Personals hat hier längst begonnen. Gegenwärtig wird der demografische Wandel von vielen Arbeitgebern eher als Fachkräftemangel speziell bei jüngeren technischen Fachkräften und

Ingenieuren wahrgenommen und weniger als das, was ihn vorrangig ausmacht, nämlich ein Älterwerden der gesamten Mitarbeiterschaft.

Bedingt durch Einstellungsstopps, die Nichtbesetzung freiwerdender Stellen und die Verringerung der Ausbildungskapazitäten erhöhte sich das Durchschnittsalter der Belegschaften im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren erheblich. Im Jahr 2005 lag das Durchschnittsalter der Bediensteten im öffentlichen Dienst insgesamt mit 45 Jahren bereits rund fünf Jahre höher als in der Privatwirtschaft. Dieser Befund wird durch eine Erhebung des Deutschen Städtetages bei seinen unmittelbaren Mitgliedsstädten zum Krankenstand der Verwaltungsmitarbeiter im Jahr 2010 bestätigt: Danach liegt das Durchschnittsalter der städtischen Mitarbeiter in den neuen Bundesländern gegenwärtig bei 46,3 Jahren, im Westen bei 44,9 Jahren. Falls die in den Ruhestand tretenden Dienstkräfte – wie bislang – nicht durch Neueinstellungen ersetzt werden, prognostizieren Forschungsinstitute, dass schon in etwas mehr als zehn Jahren ein volles Drittel der Beschäftigten in den Kommunalverwaltungen 50 Jahre und älter sein wird. Die absehbare Folge werden große Pensionierungswellen der personenstarken Mitarbeiterkohorten 50 plus sein. Die entscheidende Frage lautet, ob und wie es gelingen kann, die dadurch entstehenden großen Lücken im Personalbestand aufzufüllen angesichts eines schrumpfenden Potentials an qualifiziertem Nachwuchs in den jüngeren Jahrgängen.

### Ergebnis der Städteumfrage

Der Arbeitskreis „Stadtforschung, Statistik und Wahlen“ und die Fachkommission „Stadtentwicklungsplanung“ des Deutschen Städtetages haben es angesichts der in den nächsten Jahren stark rückläufigen Schülerzahlen und des Anstiegs der Zahlen der in den Ruhestand gehenden Verwaltungskräfte für notwendig erachtet, einen Überblick über die Altersstruktur des Verwaltungspersonals deutscher Großstädte zu erhalten. Anfang 2010 wurden 45 Städte befragt, 37 Städte haben geantwortet, was einer Rücklaufquote von 82 Prozent entspricht. Die von den Städten gelieferten Daten sind aufgrund unterschiedlicher Aufgabenstrukturen nicht in allen Punkten vollständig miteinander vergleichbar. Trotz dieser grundsätzlichen methodi-

schen Schwierigkeiten, gewähren die zusammengestellten Ergebnisse dennoch einen Überblick über Tendenzen und sich abzeichnende Handlungsbedürfnisse des Personalmanagements in den Städten.

Bis zum Jahr 2015 werden durchschnittlich 8,1 Prozent des Personals in den Ruhestand gehen (Jahrgänge 1950 und älter). In der Zeit zwischen 2016 und 2020 werden in den Städten 14,7 Prozent des heutigen Personals in den Ruhestand gehen. In den Stadtverwaltungen wird sich somit bis zum Jahr 2020 insgesamt nahezu ein Viertel des heutigen Personals in den Ruhestand verabschieden. Ein Blick auf die nächst folgende Alterskohorte (Ruhestand 2021 bis 2025) verdeutlicht diese Dynamik: Zwischen 2021 und 2025 werden in den befragten Städten nach heutiger Datenlage im Durchschnitt 17,6 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ruhestand gehen.

Es ist abzusehen, dass angesichts der stetigen Alterung ein erheblicher Ersatzbedarf in den Stadtverwaltungen entsteht. Auf die Städte kommt eine mehrdimensionale Herausforderung zu: Einerseits wird nach der 12. koordinierten Bevölkerungsrechnung des Statistischen Bundesamtes bis zum Jahr 2025 die Zahl der 16- bis 20-Jährigen gegenüber 2008 um nahezu 900.000 geringer sein, ein Rückgang von nahezu 25 Prozent. Andererseits müssten bis 2025 in den Städten insgesamt für bis zu 40 Prozent des heutigen Verwaltungspersonals geeignete Nachwuchskräfte rekrutiert werden, vorausgesetzt jeder ausscheidende Mitarbeiter würde ersetzt. Dies führt unweigerlich zu einer Verschärfung der Konkurrenzsituation zwischen öffentlichen und privaten Arbeitgebern um qualifizierte jüngere Arbeitnehmer.

Die beteiligten 37 Städte haben im Durchschnitt 16 Verwaltungskräfte je 1.000 Einwohner. Der Anteil der Auszubildenden am Verwaltungspersonal insgesamt beträgt durchschnittlich 3,5 Prozent. Falls die Städte bis 2020 die Zahl ihrer Ausbildungsplätze pro Jahr nicht spürbar erhöhen, werden bei der momentanen Ausbildungsrate bereits in der Zeit zwischen 2016 und 2020 rein rechnerisch für 100 aus dem Dienst ausscheidende Kräfte nur noch 40 Nachwuchskräfte ausgebildet. Das bedeutet, für 60 Prozent des in diesem Zeitraum in den Ruhestand gehenden Verwaltungspersonals ist keine Vorsorge für die Nachfolge getroffen. Selbst wenn bis 2020 das tatsächliche Renten- bzw. Pensionseintrittsalter in Richtung gesetzlich festgelegtem Ruhestandsalter ansteigt, kommt bei unverändertem Aufgabenbestand der Städte und Kommunen auf das bis dahin weiter gealterte Verwaltungspersonal

unterm Strich eine gegenüber heute enorme zusätzliche Aufgabenlast zu, die womöglich auch eine höhere Quote krankheitsbedingter Ausfälle nach sich ziehen wird.

### Herausforderung für das Personalmanagement

Angesichts der absehbaren demografischen Entwicklung steht das kommunale Personalmanagement vor großen Herausforderungen. Es gilt nicht nur die Frage nach der künftigen Gewinnung von Personal zu beantworten, was sich angesichts knapper Kassen der Kommunen und des Rückgangs von Nachwuchskräften schon bald erheblich schwieriger gestalten dürfte als zurzeit. Es gilt auch die Frage zu beantworten, wie man mit weniger Personal den höheren Anforderungen gerecht werden kann und wie gewährleistet werden kann, dass die Verwaltungen auch bei einer älter werdenden Belegschaft leistungsfähig bleiben.

In der Zukunft wird es notwendig sein, mehr ältere Mitarbeiter in einen kontinuierlichen Weiterbildungs- und Innovationsprozess zu integrieren. Darüber hinaus sind unter anderem Aspekte wie Gesundheitsprävention, Arbeitszeitgestaltung, Neumotivation durch Arbeitsplatzwechsel von entscheidender Bedeutung.

Die Notwendigkeit eines fundierten, vorausschauenden und problemadäquaten Personalmanagements wird durch die demografische Entwicklung deutlich verstärkt. Viele Kommunalverwaltungen stehen hier erst am Anfang. Aufgrund eines ganzen Konglomerats von Gründen mangelt es in weiten Teilen an geeigneten Personalmanagementkonzepten. Um den Handlungsbedarf und die Dringlichkeit für die eigene Verwaltung sichtbar zu machen, sollte in einem ersten Schritt in den Städten die Altersstruktur des Verwaltungspersonals sehr genau analysiert und eine Prognose des Personalersatzbedarfs vorgenommen werden. Diese Daten liefern die Grundlage für den sich ergebenden Handlungsbedarf und alle weiteren Überlegungen. Wie aus der ergänzenden Städteumfrage vom Januar 2011 hervorgeht, liegt in lediglich der Hälfte der befragten Städte eine Altersstrukturanalyse vor. 15 Städte haben schon eine Prognose des künftigen Personalersatzbedarfs erarbeitet. Da jede Verwaltung ihre eigene demografische Biografie hat, wird es kein auf alle übertragbares Patentrezept geben. Die strukturellen und finanziell geeigneten Lösungsalternativen der jeweiligen Stadt zeitnah aufzuarbeiten, bleibt eine vordringliche Aufgabe.

Autoren: Kirstin Walsleben, Referentin des Deutschen Städtetages und Hermann Klein, Referatsleiter Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Braunschweig.

### Bildung

---

#### **Wettbewerb gestartet „Ideen für die Bildungsrepublik“**

Mit dem Motto „Gemeinsam für mehr Bildungschancen“ sucht die Initiative „Deutschland – Land der Ideen und das Bundesministerium für Bildung und Forschung erstmalig Ideen für die Bildungsrepublik. Die Auszeichnung „Bildungsidee 2011/2012“ soll ab August 2011 wöchentlich an eine Initiative, einen Verein oder ein Netzwerk vergeben werden, die mit ihrer Idee die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche verbessern und zur Nachahmung einladen. Damit soll der Einsatz von vielen Ehrenamtlichen und Engagierten gewürdigt werden. Bis zum 16. Mai 2011 können sich Bildungsinstitutionen, -projekte und -initiativen bewerben unter [www.bildungsideen.de](http://www.bildungsideen.de).

### Soziales

---

#### **Dokumentation Kongress „Perspektiven für ein kindergerechtes Deutschland“**

„Perspektiven für ein kindergerechtes Deutschland“ war der Titel des Abschlusskongresses zum Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010. Die Dokumentation des Kongresses vom Dezember 2010 in Berlin liegt jetzt vor. Im Mittelpunkt des Abschlusskongresses stand die Frage, wie eine nachhaltige Implementierung von Kinder- und Jugendgerechtigkeit in der Praxis sichergestellt werden kann. In fünf moderierten Foren wurden konkrete Perspektiven für die praktische Umsetzung in unterschiedlichen Themenfeldern erarbeitet. Vorträge und Forenbeiträge dieser Veranstaltung sind in der Dokumentation zusammengefasst. Das PDF-Dokument erreichen Sie unter [www.kindergerechtes-deutschland.de](http://www.kindergerechtes-deutschland.de).

### Soziales

---

#### **Deutscher Jugendhilfepreis 2012 ausgeschrieben**

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe hat den Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreis 2012 – Hermine-Albers-Preis – ausgeschrieben. Praktikerinnen und Praktiker, Wissenschaftlerinnen

und Wissenschaftler sowie Medienschaffende sind aufgerufen, sich um Preisgelder in Höhe von insgesamt 12.000 Euro zu bewerben. Der Praxispreis der Kinder- und Jugendhilfe steht dieses Mal unter dem Motto „Gemeinsam leben und lernen – Inklusion als Perspektive in der Kinder- und Jugendhilfe“. Weitere Informationen sind erhältlich bei der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe unter [www.agj.de/Jugendhilfepreis](http://www.agj.de/Jugendhilfepreis).

### Familie

---

#### **Aktionstag Lokale Bündnisse am 15. Mai 2011 – Betreuung von Schulkindern**

„Mitgemacht, Mitgedacht – für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ unter diesem Motto rufen die Lokalen Bündnisse für Familien am 15. Mai 2011 zum fünften Aktionstag auf. Im Mittelpunkt stehen in diesem Jahr Lösungen mit Köpfchen für Eltern mit Schulkindern. Weitere Informationen unter [www.aktionstag2011.de](http://www.aktionstag2011.de). Außerdem ist unter dem Titel „Schulzeit, Freizeit, Arbeitszeit – alles unter einem Hut?“ eine Publikation erschienen, die gelungene Hilfen in den Kommunen zur Vereinbarkeit für Eltern mit Schulkindern zusammenfasst. Die Projekte wurden bei einem Ideenwettbewerb der Lokalen Bündnisse und des Bundesfamilienministeriums ausgezeichnet. Weitere Informationen unter [www.bmfsj.de](http://www.bmfsj.de).

### Integration

---

#### **Leitfaden für gesellschaftskundliche und sprachliche Fortbildung von religiösem Personal**

Im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz (DIK) wurde der Leitfaden „Dialog-Öffnung-Vernetzung“ für die gesellschaftskundliche und sprachliche Fortbildung von religiösem Personal auf kommunaler Ebene entwickelt, zum Beispiel für Imame und weitere Multiplikatoren islamischer Gemeinden.

Der Leitfaden ist auf den Internetseiten der Deutschen Islam Konferenz unter folgendem Link:

[www.deutsche-islam-konferenz.de](http://www.deutsche-islam-konferenz.de) zum Download bereitgestellt. Die Printversion kann auch kostenfrei per E-Mail bei der DIK-Geschäftsstelle bestellt werden [DIK-Geschaeftsstelle@bamf.bund.de](mailto:DIK-Geschaeftsstelle@bamf.bund.de).

**Weitere Fachinformationen sowie Berichte aus den Gremien sind für Mitglieder des Deutschen Städtetages abrufbar in den Fachbereichen im Extranet des Deutschen Städtetages unter <http://extranet.staedtetag.de>.**

**Hier  
drin:**  
Geld von der  
NRW.BANK



NRW.BANK.Ideenwettbewerb 2011  
**Jetzt mitmachen!**  
www.ideenwettbewerb2011.de

## Wir fördern Ihre Kommune.

Die NRW.BANK fördert die Kommunen und ihre kommunalen Einrichtungen mit zinsgünstigen und maßgeschneiderten Finanzierungslösungen für alle kommunalen Aufgaben und einem Beratungsangebot zum Kommunalen Zins- und Finanzmanagement. Fragen Sie uns danach: Tel. 0211 91741-4600 (Rheinland) oder 0251 91741-4600 (Westfalen-Lippe). [www.nrwbank.de](http://www.nrwbank.de)

<b>Organisation</b>	<b>36. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages</b> „Zusammenhalt und Zukunft – nur mit starken Städten!“ 3. bis 5. Mai 2011 in Stuttgart Weitere Informationen unter <a href="http://www.staedtetag.de">www.staedtetag.de</a>
<b>Bildung</b>	<b>Weiterentwicklung kommunaler Bildungsnetzwerke</b> Seminar des Deutschen Instituts für Urbanistik in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag 27. bis 28. Oktober 2011 in Berlin Weitere Informationen unter <a href="http://www.staedtetag.de">www.staedtetag.de</a>
<b>Soziales</b>	<b>Wann ist Heimerziehung für Kinder erfolgreich?</b> Fachtagung der Arbeitsgruppe Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik 19. bis 20. Mai 2011 in Berlin Weitere Informationen unter <a href="http://www.fachtagungen-jugendhilfe.de">www.fachtagungen-jugendhilfe.de</a>
<b>Wirtschaft</b>	<b>14. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag</b> Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ 7. bis 9. Juni 2011 in Stuttgart Weitere Informationen unter <a href="http://www.jugendhilfetag.de">www.jugendhilfetag.de</a>
<b>Wirtschaft</b>	<b>Technologiemesse „UrbanTec – smart technologies for better cities“</b> Veranstaltung der Kölnmesse mit Unterstützung des Deutschen Städtetages 24. bis 26. Oktober 2011 in Köln Weitere Informationen unter <a href="http://www.urbantec.de">www.urbantec.de</a>
<b>Wirtschaft</b>	<b>Corporate Governance in der Kommunalwirtschaft und zukunftssteife Unternehmensstrategien für Stadtwerke</b> Fachtagung des Deutschen Städtetages, des DSTGB und der VKU 17. Mai 2011 in Stuttgart Weitere Informationen unter <a href="http://www.vku.de">www.vku.de</a>
<b>Katastrophenschutz</b>	<b>Hochrisikoplanen – Notfallschutz bei Kernkraft-, Chemie- und Sondermüllanlagen</b> Tagung des Forschungszentrums Katastrophenrecht und des Forschungszentrums Umweltrecht 5. Mai 2011 in Berlin Weitere Informationen unter <a href="http://fzk.rewi.hu-berlin.de/">fzk.rewi.hu-berlin.de/</a>
<b>Presse- und Öffentlichkeitsarbeit</b>	<b>Seminar städtischer Pressereferenten des Deutschen Städtetages</b> 18. bis 20. Mai 2011 in Leverkusen Weitere Informationen unter <a href="http://www.staedtetag.de">www.staedtetag.de</a>

Herausgeber: Deutscher Städtetag  
Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Telefon: 030/377 11-0  
Lindenallee 13-17, 50968 Köln, Telefon: 0221/37 71-0  
E-Mail: [post@staedtetag.de](mailto:post@staedtetag.de), Internet: [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)  
Geschäftsführendes Präsidialmitglied Dr. Stephan Articus  
Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Redaktion: Daniela Schönwälder  
Gestaltung: Elke Postler, Druck: Media Cologne GmbH, Hürth  
Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef  
Telefon: 022 24/90 21-21, Fax: 022 24/90 21-23, E-Mail: [diederichs@medeya.de](mailto:diederichs@medeya.de)